

## **Haushaltsrede 2022**

**Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,  
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger, liebe Kolleginnen und Kollegen.**

Der erste Haushalt unserer Gemeinde nach neuem Haushaltsrecht war für uns alle ein Schock. Die Planung für 2020 sah ein Defizit von 3,9 Millionen Euro vor. Im Jahr 2021 war der Schock nicht viel geringer. Da sah es kaum besser aus: ein Defizit von immer noch 3,8 Millionen Euro. Solche Zahlen hatte es bei uns noch nie gegeben.

Allerdings ist zweierlei zu berücksichtigen. Das neue Haushaltsrecht führt zum einen zu einer ganz neuen Sicht auf die Gemeindehaushalte. Es berücksichtigt in ganz neuer Weise vor allem die Abschreibungen, also die Wertverluste der kommunalen Investitionen. Das ist ein wichtiger Punkt, der tatsächlich viel Aufmerksamkeit verdient. Die Freien Wähler haben darauf auch schon früher aufmerksam gemacht. Zum anderen haben wir mit Corona auch haushaltstechnisch eine noch nie erlebte Ausnahmesituation erlebt. In beiderlei Hinsicht hat unsere Kämmerei viel zu bewältigen gehabt. Wir danken schon an dieser Stelle für ihren Einsatz.

Nun wird nichts so heiß gegessen, wie es gekocht wird. Das hat auch in diesen Fällen seine Berechtigung. Wir wissen noch immer nicht, wie die Abrechnung für 2020 genau ausfallen wird, weil die Eröffnungsbilanz nach neuem Haushaltsrecht bislang noch nicht erstellt ist. Aber so weit unser Kämmerer die Zahlen bereits zusammenstellen konnte, wird das veranschlagte Defizit für 2020 deutlich niedriger ausfallen, als erwartet. Es wird vielleicht bei nur einer Million Euro liegen, höchstens zwei. Wenn alles gut läuft, könnte es für 2021 genauso aussehen. Vor diesem Hintergrund sollten wir nicht allzu schockiert sein, wenn unser Plan für 2022 erneut ein Defizit von 1,8 Millionen Euro vorsieht. Zum einen ist das nur noch knapp die Hälfte des für letztes Jahr erwarteten Defizits. Und zum anderen könnte es auch dieses Mal faktisch deutlich niedriger ausfallen.

Aber können wir uns vor diesem Hintergrund entspannt zurücklehnen? Wir denken: nein. Zum neuen Haushaltsrecht gehört ein mittelfristiger Finanzplan, der auch die nächsten drei Haushaltsjahre in den Blick nimmt. Für diese nächsten drei Haushaltsjahre erwarten wir zwar weiterhin kontinuierliche Verbesserungen – aber letztlich handelt es sich nur um Reduzierungen des Defizits. Auch 2025 werden wir voraussichtlich noch keinen ausgeglichenen Haushalt verabschieden können. Das heißt: Wir werden kontinuierlich mehr Geld ausgeben, als wir einnehmen.

Selbstverständlich heißt das nun nicht, dass wir die Löhne und Gehälter der Gemeindebediensteten nicht mehr bezahlen können oder den Strom für unsere Straßenbeleuchtung. Das schaffen wir immer. Aber was wir nicht so recht schaffen, ist, unseren Gemeindebesitz so in Ordnung zu halten, wie es sein müsste. Irgendwann stehen dann große Investitionen an, die wir kaum bewältigen können – uns fehlt dann das Geld, um Straßen zu erneuern oder die Schule oder das Rathaus, um nur ein paar Beispiele zu nennen. Sanierungsstau nennt man das. Und der ist keine ganz ferne Drohung.

Wir müssen uns also die Haushaltsstruktur betrachten, und dazu liefert uns ja das neue Haushaltsrecht gute Hilfsmittel. Um unsere Haushaltsdefizite zu verringern, können wir auf der einen Seite unsere Ausgaben reduzieren oder auf der anderen unsere Einnahmen erhöhen. Angesichts der Beträge, um die es geht, werden wir auf beiden Seiten aktiv werden müssen.

Ausgaben verringern, heißt sparen. Aber hier dürfen wir deutliche Grenzen nicht übersehen. Die wichtigste Grenze sind die sogenannten Transferaufwendungen. Das sind Zahlungen, zu denen die Gemeinde verpflichtet ist, ohne dass sie diese nennenswert beeinflussen kann. Die Kreisumlage ist so ein Beispiel, aber auch die Zahlungen an das Land oder den ÖPNV. Alles in allem kommen da bei uns rund 8,7 Millionen Euro zusammen, das sind 40 Prozent unserer geplanten Ausgaben. Wenn wir sparen wollen, bleiben also nur die übrigen 60 Prozent.

Hier ist aber auch das meiste gebunden. Die Gemeinde hat eine Menge Pflichtaufgaben zu erfüllen, auf die sie nicht einfach verzichten kann. Theoretisch bleiben nur die freiwilligen Leistungen. Aber praktisch? Sollen wir tatsächlich die Gemeindebücherei schließen? Ihr Defizit ist mit 240.000 Euro veranschlagt. Oder sollen wir die Musik- und Kunstschule aufgeben? Ihr Defizit wird voraussichtlich 200.000 Euro betragen. Oder soll der Heidesee stillgelegt werden? Hier geht es sogar um 420.000 Euro. All das können wir nicht ernsthaft wollen. Wir sind ja stolz auf diese Einrichtungen, sie tragen erheblich zur besonderen Lebensqualität bei uns bei. Und selbst wenn wir alle drei Einrichtungen aufgeben wollten: In Summe kämen so – wirklich bloß ganz pauschal gerechnet – nur 860.000 Euro zusammen. Das würde noch nicht einmal die Hälfte unseres veranschlagten Defizits beseitigen.

Immerhin haben wir in Richtung Reduzierung freiwilliger Leistungen bereits einen wichtigen Schritt unternommen. Unser Seniorenpflegeheim war auch eine solche freiwillige Leistung. Jahre lang konnten wir seinen Betrieb einigermaßen kostendeckend in eigener Regie führen. Das wurde aber zunehmend schwieriger. Die gesetzlichen Anforderungen wuchsen – und das Defizit auch. Wir stellen hier aber ausdrücklich fest: Das Seniorenpflegeheim wurde nicht wegen dieses Defizits verkauft. Es wurde verkauft, weil wir in Übereinstimmung mit der Verwaltung und den anderen Fraktionen davon überzeugt sind, dass wir das Pflegeheim langfristig als Kommune nicht so gut betreiben können würden, wie wir alle es für erforderlich halten. Wir haben deshalb einen kompetenten Partner gesucht. Und mit der BruderhausDiakonie haben wir ihn gefunden. Wir danken unserer Verwaltung für den Einsatz, den sie da gebracht hat. Und wir freuen uns über den nun geschehenen endgültigen Vertragsabschluss.

Doch zurück zu unserem Hauptthema. Kein Zweifel also: Sparen ist wichtig, und vor allem müssen wir uns genau überlegen, was wir an zusätzlichen Aufgaben und damit – eben: Ausgaben – anpacken wollen. Darauf werde ich gleich noch ausführlicher eingehen.

Aber zuerst müssen wir uns die zweite Seite unserer Rechnung ansehen: die Erhöhung der Einnahmen. Hier sehen wir ein großes Potential. Es setzt sich aus mehreren kleineren und größeren Positionen zusammen. Ich beschränke mich hier auf drei Beispiele. Schon länger plädieren wir mit den anderen Fraktionen für die Einführung einer Vergnügungssteuer. Damit soll nun nicht der Genuss des Fernsehprogramms besteuert werden – wenn es denn überhaupt ein Vergnügen ist. Es geht um

die Einnahmen bei Glücksspielautomaten, von denen es hier doch mehr gibt, als man auf Anhieb denkt. Allerdings ist diese Einführung nicht ganz einfach und muss vergleichsweise aufwändig vorbereitet werden. Trotzdem soll sie im Laufe dieses Jahres verwirklicht werden.

Außerdem werden wir darauf achten, was bei der Grundsteuerreform herauskommt. Ab 2025 wird es da ja ein neues System geben. Wenn eine Grundsteuer C für unbebaute Bauplätze möglich wird, werden wir dieses Instrument nutzen müssen – weil wir die Einnahmen brauchen, aber auch weil wir wollen, dass die zur Verfügung stehenden Bauplätze tatsächlich bebaut werden. Wir müssen diese Ressource im Dorfgebiet ausnutzen, ehe wir an neue Baugebiete außerhalb denken.

Aber sicher: Weit wird beides nicht führen. Viel versprechen wir uns deshalb von einem dritten Punkt. Unser mittelfristiger Finanzplan rechnet bei der Gewerbesteuer nur defensiv eine konstante Einnahme von 2,2 Millionen Euro pro Jahr für die nächsten Jahre. Hier muss etwas passieren. Aber weniger dadurch, dass das bestehende Gewerbe unzumutbar belastet wird. Sondern vielmehr, indem wir neues Gewerbe ansiedeln. Wir müssen als Standort attraktiver werden. Und dazu gehört auch, dass wir Pläne, die bereits mehr oder minder konkret auf dem Tisch liegen, intensiv fördern und nicht durch langatmige Planungs- und Genehmigungsprozesse blockieren und die Investoren am Ende gar vertreiben. Wir haben die einmalige Chance, innerhalb der uns zur Verfügung stehenden Flächen durch relativ geringes Entgegenkommen große Investitionen zu ermöglichen. Diese Chance müssen wir unbedingt nutzen. Die ersten Schritte dazu sollten so schnell als möglich unternommen werden. Wir fordern die Verwaltung hier zu energischem Handeln auf. Das darf nicht auf die lange Bank geschoben werden, indem zuerst aufwändige Gutachten erstellt werden, ehe konkrete Entscheidungen gefällt werden.

Wenden wir uns nun den Projekten zu, die innerhalb unseres Haushaltsrahmens angegangen werden sollten, ja: müssen. Auch hier will ich mich nicht in vielen Details verlieren, sondern nur ein paar große Linien herausarbeiten. Unsere ganze Arbeit, unser ganzes Haushalten hat ja ein großes Ziel: das Leben in unsere Gemeinde mindestens so gut zu erhalten, wie es zur Zeit ist. Und nach Möglichkeit soll es noch verbessert werden. Das aber können wir nur, wenn wir alle Herausforderungen möglichst gut bewältigen. Manches wird dabei ganz überraschend kommen. Dann werden spontane Antworten erforderlich sein. Der Brand in unserem Gemeindeanwesen in der Wannestraße ist so ein Beispiel. Wir werden sehen müssen, was da die beste Reaktion ist.

Vieles ist jedoch in seiner großen Linie voraussehbar und entsprechend planbar. Das wird ja auch gesetzlich gefordert. Schon seit Jahren widmen wir Freien Wähler der Dorfsanierung große Aufmerksamkeit. Mit der Neugestaltung des Kirchplatz-Areals und der Lange Straße haben wir große Fortschritte erzielt. Die Schwanenstraße muss da jetzt anschließen. Erste Weichen sind gestellt. Wir hoffen, dass die nötigen Anträge auf Fördermittel im Laufe dieses Jahres gestellt werden. In diesem Rahmen ist die Erstellung eines Dorfentwicklungsplans erforderlich. Es leuchtet ja ein, dass wir die Schwanenstraße nicht ganz isoliert betrachten dürfen. Wir müssen sehen, wie es an anderen Stellen weitergehen soll. Eine solche Stelle ist die Hambrücker Straße, auf der rechten Seite von der Kronauer Allee bis zum Ortsausgang. Hier sehen wir nicht nur Potential für Gewerbe- und Wohnraumentwicklung – hier gibt es auch entsprechende Pläne, die wir nachdrücklich fördern. Ich habe das ja bereits angedeutet.

Von ebenso großer Bedeutung sind die derzeitigen Brachflächen an der Bruchsaler Straße. Für den Gemeindeteil wurde die Weiche gestellt: Hier wird die BruderhausDiakonie den Erweiterungsbau unseres Seniorenheims erstellen. Aber nach Möglichkeit sollte das nicht isoliert erfolgen, sondern in enger Absprache mit der Volksbank, der die gegenüberliegende Fläche gehört. Hier haben wir die Chance, gemeinsam einen zweiten Ortskern zu gestalten – optisch wie strukturell.

Strukturell heißt dabei, dass es nicht nur um die Schaffung von neuem Wohnraum auf der Volksbankseite geht, sondern auch um die mögliche Ansiedlung von Gewerbe und Dienstleistung. Und nicht zuletzt: um eine zukunftsorientierte Energieversorgung. Auch da sind die Planungen in Arbeit und wir hoffen, dass sie zu überzeugenden Erfolgen führen.

Überhaupt muss beim Thema Energieversorgung noch einiges geschehen, wenn die ambitionierten deutschen Ziele auch nur einigermaßen erreicht werden sollen. Wir wissen, dass wir in Forst nicht die Welt retten können, aber einen gewissen Beitrag dazu können wir schon leisten. Wo es einigermaßen möglich ist, sollten Photovoltaik-Anlagen installiert werden – und zwar primär zur Eigenversorgung. Das reduziert dann auch gleich die Energiekosten. Hier muss die Gemeinde ein Beispiel geben, aber die Bürgerschaft muss mitmachen. Wir hoffen, dass da gerade in der Schwanenstraße ein Zeichengesetz wird.

Wir hoffen aber auch, dass die vielen Baulücken im Dorfbereich nach und nach geschlossen werden, um hier neuen Wohnraum zu gewinnen. Dazu werden auch Gemeindeflächen bereit gestellt werden. Das gilt zum Beispiel für einen Teil des Nagold-Spielplatzes.

Wir werden auch ein oder zwei andere Spielplätze stilllegen, um die Mittel auf die bessere Pflege der übrigen Spielplätze zu konzentrieren. Vielleicht ist es an dieser Stelle auch sinnvoll, einmal eine konkrete Zahl zu nennen: Für den Unterhalt der Spielplätze sind für das laufende Jahr knapp 130.000 Euro geplant – das ist ein Posten, bei dem es keinerlei Einnahmen gibt. Er gehört auch zur Förderung von Kindern und jungen Familien. Außerdem möchte ich in diesem Zusammenhang erwähnen, dass für die Pflege der anderen kommunalen Grün- und Außenanlagen weitere 165.000 Euro aufgewendet werden. In Summe sind das fast 300.000 Euro, die zu unserem Defizit beitragen. Wenn also wieder einmal irgendwo ein Problem auftaucht oder ein Mangel wahrgenommen wird, sollte das zwar durchaus angesprochen werden. Aber alles ist eine Frage der Relation. Würden wir da viel mehr Geld ausgeben, wäre manches selbstverständlich besser. Vielleicht ist auch manche Kritik überzogen.

Es könnten nun noch viele weitere Themen angesprochen werden, die irgendwie bedeutsam sind und nicht nur in diesem Jahr immer wieder angesprochen werden. Die Digitalisierung in ihren vielen Facetten ist da so ein Punkt oder die Förderung der Fahrradnutzung durch bessere Radwege. Das führt selbstverständlich auch gleich zur Neuregelung der Parkplatzgegebenheiten. Auch die Schulentwicklung gehört hierher und die anstehende Einführung der Ganztagsbetreuung. Erlauben Sie mir, mich aber nur noch auf ein Thema zu beschränken, dies aber in einen etwas größeren Kontext zu stellen. Zu den größten Blocks in unserem Haushalt gehört die Produktgruppe 36, wie das nun ganz ordentlich klassifiziert wird, der Bereich Kinder-, Jugend- und Familienhilfe im engeren Sinne – also ohne Spielplätze, Musikschule oder Jugendarbeit der Vereine. Es geht da um insgesamt vier Millionen Euro Ausgaben, von denen nur knapp die Hälfte durch Einnahmen gedeckt sind. Hier entsteht also ein Defizit von 2,2 Millionen.

Konzentrieren wir uns auf den Kernbereich, die Betreuung der Kleinkinder. Wir sind hier auf den ersten Blick gut aufgestellt: Wir haben das Spatzennest und den Buntstift als kommunale Einrichtungen, die kirchlichen Einrichtungen St. Franziskus und St. Ulrika, den Waldkindergarten und die Tageseltern. Von den eben genannten insgesamt 2,2 Millionen Euro Defizit entstehen hier zwei Millionen. Rund 800.000 Euro Defizit kosten uns unsere beiden kommunalen Tagesstätten, 1,2 Millionen an Zuschüssen zahlen wir an die anderen Träger und Betreiber. Die Leistungen, die wir dafür erhalten, sind jedoch recht unterschiedlich.

Müssen wir groß darum herumreden? Das Angebot, das die Kirche im St. Ulrika macht, steht nicht erst seit kurzem in starker Kritik – und diese Kritik wird dieses Jahr sicherlich nicht so schnell

verstummen. Wir haben hier keine einfache Lösung parat. Aber wir nehmen das große strukturelle Problem wahr. Eine Lösung könnte zum Beispiel sein, auch diese Einrichtung zu kommunalisieren. Dazu wären wir prinzipiell bereit. Aber das würde eine Menge Geld kosten, das wir nicht haben. Es könnte vielleicht aber auch darüber nachgedacht werden, bei den Eltern um größeres Engagement nachzufragen. Jetzt wird für unbefriedigendes Angebot gezahlt – von Eltern wie Kommune. Wie sähe es aus, wenn ein befriedigendes Angebot etwas mehr kosten würde? Das ist kein ausgereifter Plan. Aber vielleicht ein Anstoß. Wir müssen über alle möglichen Optionen nachdenken, wenn wir zu einem langfristig guten Ergebnis kommen wollen.

Unsere Arbeit im Gemeinderat besteht auf der einen Seite aus einer Fülle von Detailentscheidungen. Es muss aber auf der anderen auch immer wieder über große Linien nachgedacht werden. Ich habe Ihnen für beides Beispiele genannt. Auch 2022 werden wir genug zu tun haben.

Dazu ist gute Zusammenarbeit erforderlich – hier unter uns im Rat, aber auch mit der Verwaltung. Bei allen Diskussionen, die im Gemeinderat mit den Spitzen der Verwaltung geführt werden und mancher Kritik, die dabei laut wird – wir sind überzeugt, dass sich unsere Verwaltung nicht nur bemüht gute Arbeit zu leisten. In den allermeisten Fällen gelingt es ihr auch. Und dafür sagen wir danke. Gerade im zweiten Corona-Jahr war dies nur mit großen Anstrengungen möglich.

Und hier ist selbstverständlich nicht nur der Verwaltung im engeren Sinne zu danken, sondern den vielen Gemeindebediensteten überhaupt – im Bauhof und in der Bücherei, in den Kindergärten und – ja immer noch – im Seniorenheim.

Aber seien wir ehrlich. Der Trend geht zwar immer mehr hin zur bezahlten Arbeit – ohne freiwilligen Einsatz, ohne ehrenamtliche Tätigkeit, wäre unser Leben jedoch viel ärmer. Diesen Einsatz unterstützen wir finanziell, das ist keine Frage. Aber wir wissen auch, dass er überhaupt wahrgenommen und von Herzen geschätzt werden muss. Wir danken allen, die auf ihre Weise dazu beitragen, dass unser Forst so lebenswert ist, wie es ist.

Damit bin ich am Ende meiner Ausführungen, die keine ganze halbe Stunde Ihrer Lebenszeit gekostet haben sollten. Und das formal Wichtigste ist sowieso mit nur wenigen Worten zu sagen: Die Freien Wähler stimmen dem Haushaltsplan 2022 zu.

**Für die Freien Wähler**

**Emil Kniel**

**Prof. Dr. Konrad Dussel**

**Fraktionsvorsitzender**

**Schriftführer**

**Für Sie im Gemeinderat :**

**Dr. Konrad Dussel, Emil Kniel, Claudia Schnepf, Ulrike Wiedemann, Marion Ziadi und Markus Zieger**